

Wie die Neocons seit den frühen 1990er Jahren die Hegemonie dem Frieden vorziehen

Von Jeffrey D. Sachs

1989 war ich als Berater der ersten postkommunistischen Regierung Polens tätig und half bei der Ausarbeitung einer Strategie zur finanziellen Stabilisierung und wirtschaftlichen Umgestaltung. Meine Empfehlungen von 1989 forderten eine umfangreiche finanzielle Unterstützung der polnischen Wirtschaft durch den Westen, um eine galoppierende Inflation zu verhindern, eine konvertierbare polnische Währung mit einem stabilen Wechselkurs zu ermöglichen und eine Öffnung des Handels und der Investitionen mit den Ländern der Europäischen Gemeinschaft (heute Europäische Union) zu erreichen. Diese Empfehlungen wurden von der US-Regierung, der G7 und dem Internationalen Währungsfonds berücksichtigt.

Auf meinen Rat hin wurde ein Stabilisierungsfonds für den Zloty in Höhe von 1 Milliarde Dollar eingerichtet, der als Stützpfiler für Polens neue konvertierbare Währung diente. Polen wurde eine Aussetzung des Schuldendienstes für die Schulden aus der Sowjet-Ära gewährt, und dann ein teilweiser Erlass dieser Schulden. Die offizielle internationale Gemeinschaft gewährte Polen umfangreiche Entwicklungshilfe in Form von Zuschüssen und Darlehen.

Die anschließende wirtschaftliche und soziale Leistung Polens spricht für sich selbst. Obwohl die polnische Wirtschaft in den 1980er Jahren ein Jahrzehnt des Einbruchs erlebt hatte, begann in Polen Anfang der 1990er Jahre eine Phase raschen Wirtschaftswachstums. Die Währung blieb stabil und die Inflation niedrig. Im Jahr 1990 lag das polnische Pro-Kopf-BIP (gemessen in Kaufkraftparität) bei 33 % des benachbarten Deutschlands. Nach Jahrzehnten des raschen Wirtschaftswachstums erreichte es 2024 68 % des deutschen Pro-Kopf-BIP.

Aufgrund des wirtschaftlichen Erfolgs Polens wurde ich 1990 von Grigorij Jawlinski, dem Wirtschaftsberater von Präsident Michail Gorbatschow, gebeten, der Sowjetunion ähnliche Ratschläge zu erteilen und insbesondere bei der Mobilisierung finanzieller Unterstützung für die wirtschaftliche Stabilisierung und Transformation der Sowjetunion zu helfen. Ein Ergebnis dieser Arbeit war ein Projekt, das 1991 an der Harvard Kennedy School mit den Professoren Graham Allison, Stanley Fisher und Robert Blackwill durchgeführt wurde.

Gemeinsam schlugen wir den USA, den G7-Staaten und der Sowjetunion einen „Grand Bargain“ vor, in dem wir uns für eine umfassende finanzielle Unterstützung der laufenden wirtschaftlichen und politischen Reformen Gorbatschows durch die USA und die G7-Staaten aussprachen. Der Bericht wurde unter dem Titel [Window of Opportunity: The Grand Bargain for Democracy in the Soviet Union](#), zu deutsch, *Fenster der Möglichkeiten: Der Grand Bargain für Demokratie in der Sowjetunion* (1. Oktober 1991) veröffentlicht.

Der Vorschlag einer umfassenden westlichen Unterstützung für die Sowjetunion wurde von den Vertretern des Kalten Krieges im Weißen Haus rundweg abgelehnt. Gorbatschow besuchte den G7-Gipfel in London im Juli 1991 und bat um finanzielle Unterstützung, reiste aber ohne Erfolg ab. Nach seiner Rückkehr nach Moskau wurde er bei dem Putschversuch im August 1991 entführt. Zu diesem Zeitpunkt übernahm Boris Jelzin, Präsident der Russischen Föderation, die effektive Führung der krisengeschüttelten Sowjetunion. Im Dezember löste sich die Sowjetunion unter dem Gewicht der Entscheidungen Russlands und anderer Sowjetrepubliken auf und es entstanden 15 neue unabhängige Staaten.

Im September 1991 kontaktierte mich Jegor Gaidar, Wirtschaftsberater von Jelzin und ab Dezember 1991 amtierender Premierminister der neuen unabhängigen Russischen Föderation. Er bat mich, nach Moskau zu kommen, um die Wirtschaftskrise und Möglichkeiten zur Stabilisierung der russischen Wirtschaft zu besprechen. Zu diesem Zeitpunkt stand Russland am Rande einer Hyperinflation, des finanziellen Zahlungsausfalls gegenüber dem Westen, des Zusammenbruchs des internationalen Handels mit den anderen Republiken und den ehemals sozialistischen Ländern Osteuropas und einer großen Lebensmittelknappheit in den russischen Städten, die auf den Zusammenbruch der Lebensmittellieferungen von den Feldern und den allgegenwärtigen Schwarzhandel mit Lebensmitteln und anderen lebenswichtigen Gütern zurückzuführen war.

Ich empfahl Russland, die Forderung nach umfassender westlicher Finanzhilfe zu wiederholen, einschließlich einer sofortigen Aussetzung des Schuldendienstes, eines längerfristigen Schuldenerlasses, eines Währungsstabilisierungsfonds für den Rubel (wie für den Zloty in Polen), umfangreicher Zuschüsse in Dollar und europäischen Währungen zur Unterstützung dringend benötigter Lebensmittel- und Medikamentenimporte und anderer wichtiger Warenströme sowie einer sofortigen Finanzierung durch den Internationalen Währungsfonds (IWF), die Weltbank und andere Institutionen zum Schutz der sozialen Dienste Russlands (Gesundheitswesen, Bildungswesen usw.).

Im November 1991 traf Gaidar mit den G7-Abgeordneten (den stellvertretenden Finanzministern der G7-Länder) zusammen und bat um eine Aussetzung des Schuldendienstes. Dieser Antrag wurde rundweg abgelehnt. Vielmehr wurde Gaidar mitgeteilt, dass die Nahrungsmittelsoforthilfe auf hoher See, die nach Russland unterwegs war, sofort umgelenkt und zu den Heimathäfen zurückgeschickt würde, sollte Russland nicht weiterhin jeden einzelnen Dollar bei Fälligkeit begleichen. Unmittelbar nach dem Treffen der G7-Abgeordneten traf ich mit einem aschfahlen Gaidar zusammen.

Im Dezember 1991 empfing mich Jelzin im Kreml, um ihn über die russische Finanzkrise zu informieren und ihm meine anhaltende Hoffnung auf westliche Soforthilfe mitzuteilen, zumal sich Russland nach dem Ende der Sowjetunion zu einer unabhängigen, demokratischen Nation entwickelte. Er bat mich, seinem Wirtschaftsteam als Berater zur Seite zu stehen und vor allem zu versuchen, die erforderliche finanzielle Unterstützung in großem Umfang zu mobilisieren. Ich nahm diese Herausforderung an und übernahm das Berateramt auf einer rein unbezahlten Basis.

Nach meiner Rückkehr aus Moskau reiste ich nach Washington, um meine Forderung nach einem Schuldenstopp, einem Währungsstabilisierungsfonds und einer finanziellen Soforthilfe zu bekräftigen. Bei meinem Treffen mit Richard Erb, dem stellvertretenden geschäftsführenden Direktor des IWF, der für die allgemeinen Beziehungen zu Russland zuständig ist, erfuhr ich, dass die USA diese Art von Finanzpaket nicht unterstützen würden. Ich plädierte noch einmal für die wirtschaftlichen und finanziellen Argumente und war entschlossen, die amerikanische Haltung zu ändern. In anderen Beratungskontexten hatte ich die Erfahrung gemacht, dass es mehrere Monate dauern konnte, Washington von seinem Politikkurs umzustimmen.

In den Jahren 1991-94 setzte ich mich unablässig, aber erfolglos für eine umfassende westliche Unterstützung der krisengeschüttelten russischen Wirtschaft und der anderen 14 neuen unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion ein. Ich hielt diese Appelle in zahllosen Reden, Sitzungen, Konferenzen, Meinungsbeiträgen und wissenschaftlichen Artikeln. Mit meinem Aufruf zu einer solchen Unterstützung stand ich in den USA alleine da. Ich hatte aus der Wirtschaftsgeschichte – vor allem aus den wichtigen Schriften von John Maynard Keynes (insbesondere *Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages*) – und aus meinen eigenen Beratungserfahrungen in Lateinamerika und Osteuropa gelernt, dass die finanzielle Unterstützung Russlands von außen über den Erfolg oder Misserfolg der dringend erforderlichen Stabilisierungsbemühungen Russlands entscheiden könnte.

Es lohnt sich, hier ausführlich aus meinem Artikel in der [Washington Post vom November 1991](#) zu zitieren, um den Kern meiner damaligen Argumentation darzustellen:

Dies ist das dritte Mal in diesem Jahrhundert, dass sich der Westen mit den Besiegten auseinandersetzen muss. Der Zusammenbruch des Deutschen Reichs und des Habsburgerreichs nach dem Ersten Weltkrieg hatte ein finanzielles Chaos und soziale Verwerfungen zur Folge. Keynes prognostizierte 1919, dass dieser völlige Zusammenbruch in Deutschland und Österreich in Verbindung mit einem Mangel an Visionen seitens der Sieger zu einer wütenden Gegenreaktion in Richtung Militärdiktatur in Mitteleuropa führen würde. Selbst ein noch so brillanter Finanzminister wie Joseph Schumpeter konnte in Österreich den Strom der Hyperinflation und des Hyper-Nationalismus nicht aufhalten, und die Vereinigten Staaten verfielen unter der „Führung“ von Warren G. Harding und Sen. Henry Cabot Lodge in den Isolationismus der 1920er Jahre.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Sieger gescheitert. Harry Truman forderte die finanzielle Unterstützung Deutschlands und Japans sowie des übrigen Westeuropas durch die

USA. Die Summen des Marshallplans, die einigen Prozent des Bruttosozialprodukt der Empfängerländer entsprachen, reichten für den Wiederaufbau Europas nicht aus. Er war jedoch eine politische Rettungsleine für die visionären Gestalter des demokratischen Kapitalismus im Nachkriegseuropa.

Der Kalte Krieg und der Zusammenbruch des Kommunismus haben dazu geführt, dass Russland heute so angeschlagen, verängstigt und instabil ist wie Deutschland nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg. Innerhalb Russlands hätte die westliche Hilfe die gleiche aufrüttelnde psychologische und politische Wirkung wie der Marshallplan für Westeuropa. Die russische Psyche ist durch 1.000 Jahre brutaler Invasionen gequält worden, angefangen bei Dschingis Khan bis hin zu Napoleon und Hitler.

Churchill urteilte, dass der Marshallplan die "anständigste Tat der Geschichte" war, und seine Ansicht wurde von Millionen von Europäern geteilt, für die die Hilfe der erste Hoffnungsschimmer in einer zusammengebrochenen Welt war. In einer zusammengebrochenen Sowjetunion haben wir eine bemerkenswerte Gelegenheit, die Hoffnungen des russischen Volkes durch einen Akt der Völkerverständigung zu wecken. Der Westen kann nun das russische Volk mit einer weiteren unrühmlichen Tat inspirieren.

Dieser Ratschlag blieb unbeachtet, was mich jedoch nicht davon abhielt, mich weiter für die Sache einzusetzen. Anfang 1992 wurde ich eingeladen, meine Argumente in der PBS-Nachrichtensendung The McNeil-Lehrer Report vorzutragen. Ich war zusammen mit dem amtierenden Außenminister Lawrence Eagleburger auf Sendung. Nach der Sendung bat er mich, mit ihm vom PBS-Studio in Arlington, Virginia, zurück nach Washington, D.C. zu fahren. „Jeffrey, bitte lassen Sie mich Ihnen erklären, dass Ihre Bitte um umfangreiche Hilfe nicht in Erfüllung gehen wird. Selbst wenn ich Ihren Argumenten zustimme – und der polnische Finanzminister [Leszek Balcerowicz] hat mir erst letzte Woche dieselben Argumente vorgetragen – wird es nicht dazu kommen. Wollen Sie wissen, warum? Wissen Sie, welches Jahr wir haben?“ „1992“, antwortete ich. „Wissen Sie, was das bedeutet?“ „Ein Wahljahr?“ antwortete ich. „Ja, es ist ein Wahljahr. Das wird nicht passieren.“

Die Wirtschaftskrise in Russland verschärfte sich 1992 rapide. Gaidar hob Anfang 1992 die Preiskontrollen auf, nicht als vermeintliches Wundermittel, sondern weil die offiziellen Festpreise aus der Sowjetzeit unter dem Druck der Schwarzmärkte, der unterdrückten Inflation (d.h. der raschen Inflation der Schwarzmarktpreise und damit des zunehmenden Abstands zu den offiziellen Preisen), des völligen Zusammenbruchs des sowjetischen Planungsmechanismus und der massiven Korruption, die durch die wenigen Waren hervorgerufen wurde, die noch zu den offiziellen Preisen weit unter den Schwarzmarktpreisen gehandelt wurden, bedeutungslos wurden.

Russland brauchte dringend einen Stabilisierungsplan, wie ihn Polen unternommen hatte, aber ein solcher Plan war finanziell (aufgrund der fehlenden Unterstützung von außen) und politisch (weil die fehlende Unterstützung von außen auch bedeutete, dass es keinen internen Konsens über die Vorgehensweise gab) unerreichbar. Verschärft wurde die Krise durch den

Zusammenbruch des Handels zwischen den neuen unabhängigen postsowjetischen Staaten und den Zusammenbruch des Handels zwischen der ehemaligen Sowjetunion und ihren ehemaligen Satellitenstaaten in Mittel- und Osteuropa, die nun westliche Hilfe erhielten und ihren Handel auf Westeuropa und nicht mehr auf die ehemalige Sowjetunion ausrichteten.

Im Laufe des Jahres 1992 bemühte ich mich weiterhin erfolglos um die Mobilisierung umfangreicher westlicher Finanzmittel, die ich für immer dringender hielt. Ich setzte meine Hoffnungen auf die neu gewählte Präsidentschaft von Bill Clinton. Auch diese Hoffnungen wurden schnell enttäuscht. Clintons wichtigster Berater für Russland, der Johns-Hopkins-Professor Michael Mandelbaum, teilte mir im November 1992 unter vier Augen mit, dass das neue Clinton-Team das Konzept einer groß angelegten Hilfe für Russland abgelehnt habe. Mandelbaum gab bald darauf öffentlich bekannt, dass er nicht in der neuen Regierung mitarbeiten würde. Ich traf mich mit Clintons neuem Russland-Berater, Strobe Talbott, stellte aber fest, dass er sich der drängenden wirtschaftlichen Realitäten kaum bewusst war. Er bat mich, ihm einige Materialien über Hyperinflationen zu schicken, was ich auch tat.

Ende 1992, nachdem ich ein Jahr lang versucht hatte, Russland zu helfen, teilte ich Gaidar mit, dass ich zurücktreten würde, da meine Empfehlungen weder in Washington noch in den europäischen Hauptstädten beachtet wurden. Doch um den Weihnachtstag herum erhielt ich einen Anruf von Russlands neuem Finanzminister, Boris Fjodorow. Er bat mich, ihn gleich in den ersten Tagen des Jahres 1993 in Washington zu treffen. Wir trafen uns in der Weltbank. Fjodorow, ein Gentleman und hochintelligenter Experte, der tragischerweise einige Jahre später jung verstarb, bat mich inständig, ihm 1993 als Berater zur Seite zu stehen. Ich willigte ein und versuchte ein weiteres Jahr lang, Russland bei der Umsetzung eines Stabilisierungsplans zu helfen. Im Dezember 1993 trat ich zurück und gab meinen Rücktritt als Berater in den ersten Tagen des Jahres 1994 öffentlich bekannt.

Im ersten Jahr der Clinton-Regierung stieß ich in Washington erneut auf taube Ohren, und meine eigenen Befürchtungen wurden größer. In meinen öffentlichen Reden und Schriften berief ich mich immer wieder auf die Warnungen der Vergangenheit, so auch in diesem Artikel in der [New Republic](#) vom Januar 1994, kurz nachdem ich von meiner Beraterrolle zurückgetreten war.

Vor allem sollte sich Clinton nicht mit dem Gedanken abfinden, dass in Russland nichts allzu Schlimmes passieren kann. Viele westliche Politiker haben zuversichtlich vorausgesagt, dass die Reformer, sollten sie jetzt abtreten, in einem Jahr zurückkehren werden, nachdem sich die Kommunisten erneut als regierungsunfähig erwiesen haben. Das könnte passieren, wird aber wahrscheinlich nicht passieren. Die Geschichte bot der Clinton-Regierung wahrscheinlich nur eine einzige Chance, Russland vom Abgrund zurückzuholen, und sie zeigt ein erschreckend einfaches Muster. Die gemäßigten Girondisten folgten Robespierre nicht zurück an die Macht. Angesichts der zügellosen Inflation, der sozialen Unruhen und des sinkenden Lebensstandards entschied sich das revolutionäre Frankreich stattdessen für Napoleon. Im revolutionären Russland kehrte Alexander Kerenski nicht an die Macht zurück, nachdem die Politik Lenins und der Bürgerkrieg zu einer Hyperinflation geführt hatten. Die Unruhen der

frühen 1920er Jahre ebneten den Weg für Stalins Aufstieg zur Macht. Auch in Deutschland erhielt die Regierung Brüning keine neue Chance, als Hitler 1933 an die Macht kam.

Es muss klargestellt werden, dass meine beratende Rolle in Russland auf die makroökonomische Stabilisierung und die internationale Finanzierung beschränkt war. Ich war weder am russischen Privatisierungsprogramm beteiligt, das in den Jahren 1993-4 Gestalt annahm, noch an den verschiedenen Maßnahmen und Programmen (wie z.B. dem berühmten „Aktien-für-Darlehen“-Programm von 1996), aus denen die neuen russischen Oligarchen hervorgingen. Im Gegenteil, ich war gegen die verschiedenen Maßnahmen, die Russland ergriff, weil ich sie für ungerecht und korrupt hielt. Dies habe ich sowohl öffentlich als auch privat gegenüber den Clinton-Offiziellen zum Ausdruck gebracht, aber auch in diesem Punkt haben sie mir nicht zugehört. Kollegen von mir in Harvard waren in die Privatisierungsarbeit involviert, aber sie hielten mich eifrig von ihrer Arbeit fern. Zwei von ihnen wurden später von der US-Regierung wegen Insidergeschäften bei Aktivitäten in Russland angeklagt, von denen ich in keinster Weise Kenntnis hatte oder an denen ich in irgendeiner Weise beteiligt war. Meine einzige Rolle in dieser Angelegenheit bestand darin, sie aus dem Harvard Institute for International Development zu entlassen, weil sie die internen HIID-Regeln gegen Interessenkonflikte in Ländern, die das HIID beriet, verletzt hatten.

Das Versäumnis des Westens, Russland und die anderen neuen unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion rechtzeitig und in großem Umfang finanziell zu unterstützen, hat die schwere Wirtschafts- und Finanzkrise, mit der diese Länder Anfang der 90er Jahre konfrontiert waren, definitiv verschärft. Die Inflation blieb mehrere Jahre lang sehr hoch. Der Handel und damit die wirtschaftliche Erholung wurden ernsthaft behindert. Die Korruption blühte durch die Politik der Auslagerung wertvoller staatlicher Vermögenswerte in private Hände.

All diese Fehlentwicklungen schwächten das Vertrauen der Öffentlichkeit in die neuen Regierungen der Region und des Westens erheblich. Dieser Zusammenbruch des gesellschaftlichen Vertrauens erinnerte mich damals an den Ausspruch von Keynes aus dem Jahr 1919, nach dem katastrophalen Versailler Vertrag und den darauf folgenden Hyperinflationen: „Es gibt kein subtileres, kein sichereres Mittel, um die bestehende Grundlage der Gesellschaft umzustürzen, als die Währung zu entwerten. Der Prozess setzt alle verborgenen Kräfte des Wirtschaftsgesetzes auf der Seite der Zerstörung ein, und er tut es auf eine Weise, die kein einziger von einer Million Menschen zu diagnostizieren vermag.“

Während des turbulenten Jahrzehnts der 1990er Jahre kam es zu einem Niedergang der sozialen Dienste in Russland. In Verbindung mit dem stark gestiegenen gesellschaftlichen Druck führte dies zu einem starken Anstieg der alkoholbedingten Todesfälle in Russland. Während in Polen die Wirtschaftsreformen mit einem Anstieg der Lebenserwartung und der Volksgesundheit einhergingen, war im krisengeschüttelten Russland genau das Gegenteil der Fall.

Trotz all dieser wirtschaftlichen Debakel und der Zahlungsunfähigkeit Russlands im Jahr 1998 waren die schwere Wirtschaftskrise und die fehlende Unterstützung des Westens nicht die endgültigen Bruchstellen in den amerikanisch-russischen Beziehungen. Als Wladimir Putin 1999 Ministerpräsident und im Jahr 2000 Präsident wurde, bemühte er sich um freundschaftliche und gegenseitig unterstützende internationale Beziehungen zwischen Russland und dem Westen. Viele europäische Staats- und Regierungschefs, wie z. B. der italienische Ministerpräsident Romano Prodi, haben sich ausführlich über Putins guten Willen und seine positiven Absichten im Hinblick auf starke Beziehungen zwischen Russland und der EU in den ersten Jahren seiner Präsidentschaft geäußert.

Die russisch-westlichen Beziehungen sind in den 2000er Jahren eher im militärischen als im wirtschaftlichen Bereich in die Brüche gegangen. Wie auch im Finanzbereich war der Westen in den 1990er Jahren militärisch dominant und verfügte zweifellos über die Mittel, um starke und positive Beziehungen zu Russland zu fördern. Doch die USA waren weit mehr an der Unterordnung Russlands unter die NATO interessiert als an stabilen Beziehungen zum Land.

Zur Zeit der deutschen Wiedervereinigung versprachen sowohl die USA als auch Deutschland Gorbatschow und dann Jelzin wiederholt, dass der Westen die deutsche Wiedervereinigung und das Ende des Warschauer Paktes nicht dazu nutzen würde, das NATO-Militärbündnis nach Osten zu erweitern. Sowohl Gorbatschow als auch Jelzin bekräftigten die Bedeutung dieses US-NATO-Versprechens. Doch nur wenige Jahre später brach Clinton die westliche Verpflichtung vollständig und begann mit der NATO-Erweiterung. Führende US-Diplomaten, allen voran der große Staatsmann und Gelehrte [George Kennan](#), warnten damals, dass die NATO-Erweiterung zu einer Katastrophe führen würde: „Die Ansicht lautet, unverblümt gesagt, dass die Erweiterung der NATO der verhängnisvollste Fehler der amerikanischen Politik in der gesamten Nachkriegszeit wäre.“ Das hat sich bewahrheitet“.

Es ist an dieser Stelle nicht der richtige Ort, um auf alle außenpolitischen Katastrophen einzugehen, die sich aus der Arroganz der USA gegenüber Russland ergeben haben, aber es genügt, eine kurze und unvollständige Chronologie der wichtigsten Ereignisse zu nennen. 1999 bombardierte die NATO 78 Tage lang Belgrad mit dem Ziel, Serbien zu zerschlagen und ein unabhängiges Kosovo zu schaffen, in dem sich heute ein wichtiger NATO-Stützpunkt auf dem Balkan befindet. Im Jahr 2002 traten die USA einseitig aus dem Vertrag über die Stationierung ballistischer Flugkörper aus, was Russland vehement ablehnte. Im Jahr 2003 setzten sich die USA und ihre NATO-Verbündeten über den UN-Sicherheitsrat hinweg, indem sie unter falschem Vorwand in den Irakkrieg zogen. Im Jahr 2004 setzten die USA die NATO-Erweiterung fort, diesmal um die baltischen Staaten, die Länder der Schwarzmeerregion (Bulgarien und Rumänien) und die Balkanländer. Im Jahr 2008 verpflichteten sich die USA trotz der dringenden und energischen Einwände Russlands, die NATO auf Georgien und die Ukraine auszuweiten.

2011 beauftragten die USA die CIA, den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad, einen Verbündeten Russlands, zu stürzen. Im Jahr 2011 bombardierte die NATO Libyen, um Moammar Gaddafi zu stürzen. 2014 verschworen sich die USA mit ukrainischen

nationalistischen Kräften, um den ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch zu stürzen. 2015 begannen die USA mit der Aufstellung von Aegis-Abwehrraketen in Osteuropa (Rumänien), in geringer Entfernung zu Russland. Im Zeitraum 2016-2020 unterstützten die USA die Ukraine bei der Untergrabung des Minsk-II-Abkommens, obwohl der UN-Sicherheitsrat es einstimmig befürwortet hatte. Im Jahr 2021 weigerte sich die neue Regierung Biden, mit Russland über die Frage der NATO-Erweiterung um die Ukraine zu verhandeln. Im April 2022 forderten die USA die Ukraine auf, sich aus den Friedensverhandlungen mit Russland zurückzuziehen.

Rückblickend auf die Ereignisse in den Jahren 1991-93 und die darauf folgenden Ereignisse wird deutlich, dass die USA entschlossen waren, Russlands Bestrebungen nach einer friedlichen und von gegenseitigem Respekt getragenen Integration zwischen Russland und dem Westen zurückzuweisen. Das Ende der Sowjetunion und der Beginn der Präsidentschaft Jelzins waren Anlass für den Aufstieg der Neokonservativen (Neocons) an die Macht in den Vereinigten Staaten. Die Neokonservativen wollten und wollen kein von gegenseitigem Respekt geprägtes Verhältnis zu Russland. Sie strebten und streben bis heute eine unipolare Welt unter der Führung der hegemonialen USA an, in der Russland und andere Nationen untergeordnet sein werden.

In dieser von den USA geführten Weltordnung beabsichtigten die Neocons, dass die USA und die USA allein über die Verwendung des auf dem Dollar basierenden Bankensystems, die Platzierung von US-Militärstützpunkten im Ausland, den Umfang der NATO-Mitgliedschaft und die Stationierung von US-Raketensystemen bestimmen, ohne dass andere Länder, darunter sicherlich auch Russland, ein Veto einlegen oder ein Mitspracherecht haben würden. Diese arrogante Außenpolitik hat zu mehreren Kriegen und zu einem zunehmenden Bruch in den Beziehungen zwischen dem von den USA geführten Block von Nationen und dem Rest der Welt geführt. Als Berater Russlands während zweier Jahre, von Ende 1991 bis Ende 1993, erlebte ich aus erster Hand die Anfänge des Neokonservatismus in Bezug auf Russland, auch wenn es noch viele Jahre dauern sollte, bis das ganze Ausmaß der neuen und gefährlichen Wende in der US-Außenpolitik, die Anfang der 90er Jahre begann, erkannt wurde.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO: Kontoinhaber: acTVism München e.V. Bank: GLS Bank IBAN: DE89430609678224073600 BIC: GENODEM1GLS	PAYPAL: E-Mail: PayPal@acTVism.org	PATREON: https://www.patreon.com/acTVism	BETTERPLACE: Link: Klicken Sie hier
---	--	--	---

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org